

weiligen Versorgungsgebieten zunächst Zielplanungskonferenzen stattfinden.

Die Sorge, daß die notwendigen Sparmaßnahmen sich zu Lasten der Patienten auswirken, ist unbegründet. Es geht darum, Termine für geplante Neubauvorhaben zeitlich zu strecken. Träger von kleineren Krankenhäusern befürchten, daß das Land ihre Häuser schließen würde. Dazu besteht keine rechtliche Möglichkeit. Wenn sie aber den medizinischen Anforderungen und der Bedarfsplanung nicht mehr entsprechen, kann vom Land keine Förderung mehr gegeben werden. Für diesen Fall bietet sich an, die betreffenden Häuser umzuwandeln, um zum Beispiel dem enormen Bedarf an Altenpflegeheimen zielstrebig zu begegnen.

Endgültige Festlegungen werden in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu treffen sein.

F.D.P.: Kostenbewußtes Gesundheitswesen

Der F.D.P.-Abgeordnete Eykmann erklärt:

Für die F.D.P.-Fraktion kam die Ankündigung Minister Farthmanns, daß der Krankenhausbedarfsplan NW in weiten Bereichen obsolet geworden ist, nicht überraschend. Bereits bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die F.D.P. für die Anpassung des Landeskrankenhausesgesetzes und des Krankenhausplanes an die finanziellen Möglichkeiten ausgesprochen. Die F.D.P. hat sich mehrfach dafür eingesetzt, daß die Krankenhausbedarfsplanung unter stärkerer Beteiligung des Parlaments erfolgen sollte. Dies ist um so vordringlicher, als durch die Aufstellung des Krankenhausbedarfsplans über Jahre hinaus ein erhebliches Finanzvolumen gebunden wird, ohne daß das Parlament auf die Vergabe der Mittel und die Förderung im einzelnen Einfluß nehmen kann.

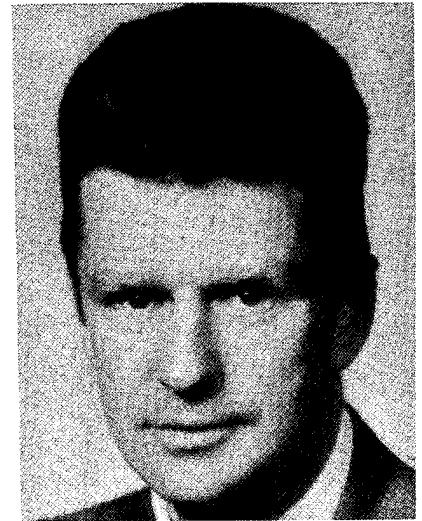
Heute haben wir in NW ein Überangebot von mehr als 4000 Krankenhausbetten. Weil viele Häuser heutigen Anforderungen an eine moderne medizinische Ausstattung nicht mehr entsprechen, müssen dennoch neue Krankenhäuser gebaut werden. Die angespannte Finanzsituation erfordert auch neue Überlegungen über kleine Belegkrankenhäuser im ländlichen Raum. Die F.D.P. ist der Auffassung, daß kleine Krankenhäuser in der Größenordnung von etwa 100 Betten gerade im ländlichen Raum für die Versorgung der Bevölkerung durchaus geeignet sind. Auch im Interesse einer ausreichenden ärztlichen Versorgung sollten die Träger von kleinen Krankenhäusern ermuntert werden, ihren Krankenhausbetrieb auf Nachsorge- oder Praxiskliniken, Altenheime oder ähnliches umzustellen. Als kostensenkende Rationalisierungsmaßnahmen im Krankenhaus strebt die F.D.P. eine Verkürzung der Verweildauer durch kritischere Aufnahme- und Entlassungspraxis, gestufte Pflege und begrenzte Selbstbedienung im Krankenhaus und die Einrichtung halbstationärer Häuser für alle Patienten, die nicht unbedingt im teuren Krankenhaus liegen müssen, an.

Porträt der Woche

„Ich bin überzeugter Individualist“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Karl Fell von sich. Und das kann kaum anders sein bei jenem Menschenschlag, der aus dem deutsch-holländischen Grenzraum zwischen Mönchengladbach und Roermond stammt, Familientraditionen auf freier Scholle immer hochgehalten hat und bei aller staatlichen Daseinsvorsorge das bürgerschaftliche Engagement nicht missen möchte.

Als Fell 1970 mit einem Direktmandat in den Landtag kam, hat er die Einwirkungsmöglichkeiten des einzelnen Abgeordneten auf Grundsatzzfragen der Politik noch für recht groß gehalten. Heute sind Wunschvorstellungen dem Realitäts-sinn gewichen. Die politische Polemik war ohnehin nie sein Geschäft. Nüchternes, sachbezogenes Denken ist das Ergebnis seiner Berufsausbildung: Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn, Freiburg und Köln; Promotion bei Professor Scheuner über „Plebiszitäre Einrichtungen im deutschen Staatsrecht“, ein Thema, hinter dem sich anlässlich der Anti-Atomtodkampagne der frühen sechziger Jahre die Frage auftat, welchen Stellenwert Volksbefragungen und -abstimmungen in dieser Republik noch haben.

Der aus Wegberg bei Erkelenz stammende, 38jährige Fell trat 1964 der CDU bei. Er hält die Union heute noch für die Partei, in der die Realisierung persönlicher Freiheitsräume am ehesten möglich sei. Dem Landtagsmandat voraus gingen richterliche Tätigkeiten bei Amts- und Landgerichten, auch kommunalpolitisches Engagement. Bürgermeister seiner Heimatgemeinde ist er geblieben. Im Landtag nahm er sich von Berufs wegen zunächst des Justizausschusses und um der Pflege seines trotz Industrialisierung nach wie vor landwirtschaftlich geprägten Wahlkreises willen auch des Ernährungsausschusses an. Fell hat an der Neuordnung des Aachener Raumes, am Fischerei- und am Landschaftsgesetz sowie an der Novellierung der Juristenausbildung maßgebend mitwirken können. Seit der Wahl 1975 arbeitet er im Haupt- und im Justizaus-



Dr. Karl Fell (CDU)

schuß, ist zugleich Justizobmann seiner Fraktion.

Neue spezielle Interessen und Aufgaben sind hinzugekommen. Etwa das Gebiet des Datenschutzes und der Computerkriminalität, ein Bereich, für den Fell als Vertreter der NRW-CDU auch im Vorstand der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft tätig ist. – Das alles zeigt: Sein Denken kreist um das Problem, wieweit Entfaltungsräume des Bürgers vor staatlicher Allmacht und wieweit Selbstverwirklichung vor gesellschaftlichen Zwängen geschützt werden kann. „Das gilt“, sagt der Katholik Fell, „in der Kirche wie in der Politik. Der Trend zu Konzentration und Lenkung in der Landesentwicklungsplanung, in der Bildungspolitik und auch in der zentralen Steuerung kommunalpolitischer Leitentscheidungen steht im Widerspruch zu den Bedürfnissen des Menschen.“

Fürchtet dieser Abgeordnete, als Mandatsträger selbst in die Zwänge des Berufspolitikers, des politischen Funktionärs zu geraten? Fell hat dem vorgebeugt. Als Richterberuf und Mandat inkompatibel wurden, nahm er eine Referententätigkeit beim Bankenverband an und arbeitet seither vor allem über Wettbewerbsrecht und Rechtsfragen in der Europäischen Gemeinschaft. Wenn Fell nicht gerade mit der kinderreichen Familie wandert, Violine oder Tennis spielt, bevorzugt er Fachliteratur zur Freizeitgestaltung. Und – welch Wunder – er ist in einer Zeit, die scheinbar den öffentlich-rechtlichen Medien gehört, passio-nierter Zeitungs- und Zeitschriftenleser geblieben.

Lothar Beyerung